

consortiumnews.com

US-Staatsunternehmen NewsGuard zielt auf Consortium News

02.06.2022

59-75 Minuten

Die mit dem Pentagon und dem Außenministerium verbundene Organisation, in deren Vorstand ein ehemaliger Direktor der NSA und der CIA sitzt, wirft Consortium News vor, "falsche Inhalte" über die Ukraine zu veröffentlichen, berichtet Joe Lauria.

Von Joe Lauria
Speziell für Consortium News

Consortium News wird von NewsGuard "überprüft", einer mit der US-Regierung verbundenen Organisation, die versucht, ein Narrativ über die Ukraine durchzusetzen und dabei abweichende Meinungen zu diskreditieren.

Die Organisation beschuldigt Consortium News, das 1995 von dem ehemaligen Investigativreporter der Associated Press, Robert Parry, gegründet wurde, "falsche Inhalte" über die Ukraine zu veröffentlichen.

Sie bezeichnet wesentliche Fakten über die Ukraine, die in den Mainstream-Medien unterdrückt wurden, als "falsch": 1) dass es 2014 einen von den USA unterstützten Staatsstreich gab und 2) dass der Neonazismus eine bedeutende Kraft in der Ukraine ist. Consortium News hat es sich zur Aufgabe gemacht, über wichtige Informationen zu berichten, die von den Konzernmedien verschwiegen werden.

NewsGuard hält diese Fakten jedoch für "Mythen" und fordert Consortium News auf, diese "Fehler" zu korrigieren.

Wer ist NewsGuard?

Ex-NSA- und CIA-Direktor Michael Hayden im Jahr 2015. (Gage Skidmore, Flickr CC BY-SA 2.0)

NewsGuard hat sich im Jahr 2018 als Richter über die Glaubwürdigkeit von Nachrichtenorganisationen etabliert. Auf der Titelseite der NewsGuard-Website ist zu lesen, dass NewsGuard "Partner" des Außenministeriums und des Pentagons sowie mehrerer großer Unternehmen wie Microsoft ist. Die Art dieser "Partnerschaften" ist nicht ganz klar.

NewsGuard ist ein privates Unternehmen, das sich vor den Verpflichtungen des Ersten Verfassungszusatzes schützen kann. Aber es hat Verbindungen zu

ehemals hochrangigen US-Regierungsbeamten, zusätzlich zu seinen "Partnerschaften" mit dem Außenministerium und dem Pentagon.

Im Beirat von NewsGuard sitzen unter anderem General Michael Hayden, der frühere Direktor der Central Intelligence Agency und der National Security Agency, Tom Ridge, der erste Direktor des US-Heimatschutzes, und Anders Fogh Rasmussen, ein ehemaliger Generalsekretär der NATO. NewsGuard sagt, dass seine "Berater NewsGuard mit Rat und Fachwissen zur Seite stehen. Sofern nicht anders angegeben, spielen sie keine Rolle bei der Festlegung der Bewertungen oder der Nährwertkennzeichnung von Websites und haben keinen Einfluss auf die Leitung oder das Management der Organisation".

Co-CEO zusammen mit dem ehemaligen Verleger des Wall Street Journal, Louis Gordon Crovitz, ist Steven Brill, der in den 1990er Jahren Brill's Content herausgab, ein Magazin, das sich als Wachhund der Presse verstand und die Rolle der Medien bei der Kontrolle der Regierung kritisierte. NewsGuard ist eine regierungsnaher Organisation, die Medien wie Consortium News bewertet und völlig unabhängig von Regierungen oder Unternehmen ist.

NewsGuard verfügt über ein Bewertungsverfahren, das dazu führt, dass eine Nachrichtenorganisation entweder ein grünes oder ein rotes Etikett erhält. Fox News und andere große Medien haben zum Beispiel ein grünes Label erhalten.

Eine rote Kennzeichnung bedeutet, dass potenziell Millionen von Menschen, die die NewsGuard-Erweiterung auf ihren Browsern installiert haben, die grüne oder rote Markierung auf Websites in sozialen Medien und bei Google-Suchen sehen werden. (Für Einzelpersonen, die die Erweiterung noch nicht auf dem Microsoft-Browser installiert haben, kostet sie in den USA 4,95 \$ pro Monat, in Großbritannien 4,95 £ und in der EU 4,95 €).

Nach Angaben von NewsGuard haben Bibliotheken in den USA und Großbritannien die Erweiterung auf ihren Computern installiert, und sie wird auch auf den Computern des aktiven US-Personals eingesetzt. Slate berichtete im Januar 2019, dass NewsGuard:

"eine Vereinbarung mit Microsoft getroffen hat, um diese Bewertungen als optionale Einstellung in den Edge-Browser des Tech-Giganten zu integrieren. Zu diesem Zeitpunkt bemerkte der Guardian, dass die Mail Online von NewsGuard mit einem "roten" Etikett, einer Zuverlässigkeitsbewertung von 3 von 9 und der folgenden Warnung versehen worden war: "Gehen Sie mit Vorsicht vor: Diese Website erfüllt im Allgemeinen nicht die grundlegenden Standards für Genauigkeit und Verantwortlichkeit. Bei Microsoft Edge-Nutzern, die die Funktion 'News Ratings' aktiviert haben, erschien diese Warnung neben jedem Link zu Mail Online - egal ob in Google-Suchergebnissen, Facebook- oder Twitter-Feeds oder auf der Homepage von Mail selbst.

NewsGuard hat eine Partnerschaft mit dem Pentagon. (Joe Lauria)

Annäherung an Consortium News

Consortium News wurde von NewsGuard-Analyst Zachary Fishman kontaktiert. In seiner Bitte, mit jemandem von Consortium News zu sprechen, sagte er kategorisch, dass CN "falsche Inhalte" veröffentlicht habe und dass das Interview inoffiziell sein würde. "Ich hoffe, mit jemandem sprechen zu können, der mir ein paar Fragen über die Struktur und die redaktionellen Abläufe beantworten kann - einschließlich der Eigentumsverhältnisse, des Umgangs mit Korrekturen und der Veröffentlichung falscher Inhalte", schrieb er in einer E-Mail.

Als Chefredakteur teilte ich ihm mit, dass unser Gründer, unsere Redakteure und Autoren aus den oberen Etagen des etablierten Journalismus kamen. Ich sagte ihm, dass ich in den Tausenden von Presseinterviews, die ich in fast einem halben Jahrhundert im Journalismus geführt habe, noch nie erlebt habe, dass jemand einen potenziellen Interviewpartner im Voraus eines Fehlverhaltens beschuldigt und dann bestimmt, dass das Interview auf dem Protokoll steht, während die Grundregeln normalerweise von der Person festgelegt werden, die interviewt wird.

Fishman entschuldigte sich und versuchte zu behaupten, er habe sich seine Meinung über Consortium News nicht gebildet, obwohl er eindeutig gesagt hatte, dass sie es sei. "Ich entschuldige mich dafür, dass der Wortlaut meiner E-Mail den Eindruck erweckt hat, ich sei zu einer vorgefassten Meinung darüber gelangt, ob Ihre Website falsche Inhalte veröffentlicht hat, obwohl das nicht der Fall ist - seien Sie sicher, dass ich an Ihren Antworten auf meine Fragen interessiert bin", schrieb er in einer E-Mail.

Laut seinem LinkedIn-Profil hatte Fishman zuvor einen Job im Wissenschafts- und Finanzjournalismus, den er 15 Monate lang für ein Unternehmen namens Fastinform ausübte, das inzwischen aufgelöst wurde. Letzten Monat führten alle Links zu seinen veröffentlichten Artikeln auf LinkedIn zu einer Website, die nicht mehr existiert. Die Links sind inzwischen entfernt worden.

Fishman hat einen Abschluss in Gesundheits-, Umwelt- und Wissenschaftsjournalismus sowie in technischer Physik. Er hat keine Erfahrung in der politischen Berichterstattung und insbesondere in der Politik Osteuropas und den Beziehungen zwischen den USA und Russland.

Die Entscheidung von NewsGuard über Consortium News wird vom Analysten getroffen. "Mindestens ein leitender Redakteur und die Co-CEOs von NewsGuard überprüfen jedes Nutrition Label vor der Veröffentlichung, um sicherzustellen, dass die Bewertung so fair und genau wie möglich ist."

Anklage: Es gab "keinen von den USA unterstützten Putsch

Gewalt während des Maidan-Putsches in der Ukraine, 2014. (Wikipedia)

NewsGuard wirft Consortium News vor, "falsche Inhalte" veröffentlicht zu haben, indem sie berichteten, dass es 2014 einen von den USA unterstützten Putsch in der Ukraine gegeben habe und dass Neonazis erheblichen Einfluss in dem Land hätten.

Fishman nahm Stellung zu einem:

"Februar 2022 Artikel 'Ukraine: Anleitung zum Nachdenken', [in dem] behauptet wurde: "Daher die Inflation des russischen Verhaltens in der Ukraine (wo Washington einen Putsch gegen eine demokratisch gewählte Regierung organisierte, weil uns ihre politische Couleur nicht gefiel)

Fishman schrieb dann:

"Die USA unterstützten die Maidan-Revolution, die 2014 den damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch (sic) stürzte - einschließlich eines Besuchs von John McCain im Dezember 2013 in Kiew zur Unterstützung der Demonstranten -, aber es gibt keinen Beweis dafür, dass die USA einen 'Putsch' 'organisiert' haben. Vielmehr handelt es sich um einen Volksaufstand, der durch breit angelegte Proteste gegen Janukowitschs Entscheidung, die Vorbereitungen für die Unterzeichnung eines Assoziierungs- und Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union auszusetzen, ausgelöst wurde."

Viktor Janukowitsch wurde 2010 in einer von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bestätigten Wahl demokratisch zum Präsidenten der Ukraine gewählt, eine Tatsache, die in den NewsGuard-Beiträgen über den Regierungswechsel in der Ukraine nicht erwähnt wird. Obwohl Janukowitsch einer politischen Einigung mit der EU und vorgezogenen Wahlen zustimmte, zwang ihn die Gewalt am 21. Februar 2014 zur Flucht aus der Hauptstadt. Die New York Times (grüner Haken) berichtete, dass der neonazistische Rechte Sektor an der Spitze des gewaltsamen Umsturzes stand, und schrieb am selben Tag:

"Dmytro Yarosh, der Anführer des Rechten Sektors, einer Koalition von hartgesottenen nationalistischen Gruppen, reagierte trotzig auf die Nachricht von der Einigung und löste damit weiteren Jubel in der Menge aus.

Die getroffenen Vereinbarungen entsprechen nicht unseren Vorstellungen", sagte er. Der Rechte Sektor wird die Waffen nicht niederlegen. Der Rechte Sektor wird die Blockade eines einzigen Verwaltungsgebäudes nicht aufheben, bis unsere Hauptforderung erfüllt ist - der Rücktritt von Janukowitsch. Er fügte hinzu, er und seine Anhänger seien "bereit, die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Revolution zu übernehmen". Die Menge rief: "Gut! Gut!

In einer Studie von Prof. Serhiy Kudelia, Politikwissenschaftler an der Baylor University, über die Gewalt, mit der die Regierung gestürzt wurde, heißt es, dass der Umsturz aufgrund der "Einbettung gewalttätiger Gruppen" in einen gewaltlosen Protest gelungen sei. Die Gewalt begann am 1. Dezember 2013, als diese gewalttätigen Gruppen die Polizei mit "Eisenketten, Fackeln, Steinen und Benzinbomben" angriffen und versuchten, einen Bulldozer durch die Polizeiketten zu rammen. Die Polizei schlug an diesem Tag brutal zurück.

Wie die International Business Times (IBT) (grüner Haken) damals über diese Gruppen schrieb:

Laut einem Mitglied der antifaschistischen Union Ukraine, einer Gruppe, die den Faschismus in der Ukraine überwacht und bekämpft, "gibt es hier [auf dem EuroMaidan] viele Nationalisten, einschließlich Nazis. Sie kamen aus der ganzen Ukraine und machen etwa 30 % der Demonstranten aus.

Verschiedene Gruppen [von Anarchisten] kamen zu einem Treffen auf dem Maidan zusammen. Während des Treffens kam eine Gruppe von Nazis in einer größeren Gruppe, sie hatten Äxte, Baseballschläger und Stöcke, Helme, sie sagten, es sei ihr Gebiet. Sie beschimpften die Anarchisten mit Begriffen wie Juden, Schwarze, Kommunisten. Es gab nicht einmal Kommunisten, das war nur eine Beleidigung. Die Anarchisten haben damit nicht gerechnet und sind gegangen. Menschen mit anderen politischen Ansichten können sich an bestimmten Orten nicht aufhalten, sie werden nicht geduldet", so ein Mitglied der Gruppe weiter.

Die Gewalt rechtsextremer Gruppen wurde offensichtlich von Senator John McCain gebilligt, der seine Unterstützung für den Aufstand in einer Rede auf dem Maidan später im Monat zum Ausdruck brachte. Die stellvertretende Außenministerin Victoria Nuland und der damalige US-Botschafter Geoffrey Pyatt besuchten den Platz, nachdem die Gewalt ausgebrochen war.

Der Bericht von NewsGuard über die Ereignisse vom 21. Februar 2014 besagt, dass Janukowytsch zwar den vorgezogenen Wahlen zustimmte, aber "wütende Demonstranten den sofortigen Rücktritt von Janukowytsch forderten" und er an diesem Tag floh, nachdem "Hunderte von Polizisten, die Regierungsgebäude bewachten, ihre Posten verließen". NewsGuard berichtet dann, dass "Demonstranten am nächsten Tag die Kontrolle über mehrere Regierungsgebäude übernahmen".

Beschlagnahmung von Regierungsgebäuden

Demonstranten besetzten das Kiewer Rathaus, das mit einer Konföderiertenflagge geschmückt ist. (YouTube)

Die Demonstranten hatten jedoch bereits im Dezember 2013 Regierungsgebäude in ihre Gewalt gebracht. Am 24. Januar drangen

Demonstranten in das Gebäude des Landwirtschaftsministeriums in Kiew ein und besetzten es. Am selben Tag wurden Barrikaden in der Nähe des Präsidentensitzes errichtet. Auch im Westen des Landes waren Regierungsgebäude besetzt worden. Der Guardian (grüner Haken) berichtete am 24. Januar:

"Im Westen des Landes gab es am Donnerstag dramatische Entwicklungen, als Hunderte von Menschen in das Büro des Regionalgouverneurs in der Stadt Lviv eindrangen und ihn zwangen, ein Rücktrittsschreiben zu unterzeichnen. Oleh Salo, ein von Janukowitsch ernannter Gouverneur in einer Stadt, in der die Unterstützung für den Präsidenten im niedrigen einstelligen Bereich liegt, erklärte später, er habe das Schreiben unter Zwang unterzeichnet und nehme seinen Rücktritt zurück.

Tausende stürmten am Donnerstag auch den Sitz der Regionalverwaltung in Rivne, brachen die Türen auf und forderten die Freilassung der bei den Unruhen inhaftierten Personen, berichtete die Nachrichtenagentur Unian. In der Stadt Tscherkassy, 125 Meilen südlich von Kiew, besetzten etwa 1.000 Demonstranten die ersten beiden Stockwerke des Hauptverwaltungsgebäudes und zündeten außerhalb des Gebäudes Feuer an.

Ähnliche Aktionen fanden in Ternopil, Iwano-Frankiwsk und Chmelnyzky in der West- und Zentralukraine sowie in Teilen des Nordostens statt, so die Partei der Regionen".

Die Demonstranten hatten im Dezember begonnen, das Kiewer Rathaus zu besetzen, wo ein Porträt des ukrainischen Faschistenführers aus dem Zweiten Weltkrieg, Stepan Bandera, von den Dachbalken hing. Am Abend des 21. Februar verkündete der Anführer des neofaschistischen Rechten Sektors, Andriy Parubiy, dass die Werchowna Rada (Parlament), die Präsidentialverwaltung, das Ministerkabinett und das Innenministerium unter die Kontrolle der Demonstranten geraten seien.

Daher hat NewsGuard "falsche Inhalte" veröffentlicht, indem er berichtete, dass die Regierungsgebäude am Tag nach der Flucht Janukowitschs aus der Hauptstadt besetzt wurden. Sie sollte eine Korrektur drucken.

Am Tag nach der Flucht von Janukowitsch stimmte die Rada ohne die Anwesenheit von Janukowitschs Partei - der größten Partei des Landes - über sein Amtsenthebungsverfahren ab, nachdem er gewaltsam gestürzt worden war. NewsGuard ließ die wichtige Tatsache aus, dass die Abstimmung über die Amtsenthebung durch die Abwesenheit von Janukowitschs Partei beeinträchtigt wurde und dass die Amtsenthebung weitgehend irrelevant wurde, nachdem er durch Gewalt zur Flucht aus der Hauptstadt gezwungen wurde.

Demokratisch gewählte Führer werden durch eine Wahlniederlage, ein Amtsenthebungsverfahren oder ein Misstrauensvotum abgesetzt, nicht durch

Gewalt. NewsGuard schreibt, dass "Hunderte von Polizisten, die die Regierungsgebäude bewachten, ihre Posten verließen", als Janukowitsch zum Rücktritt gezwungen wurde, sagt aber nicht, warum. Wie die Zeitschrift Jacobin (NewsGuard green check) berichtet:

"Was auch immer man von den Maidan-Protesten halten mag, die zunehmende Gewalttätigkeit der Beteiligten war der Schlüssel zu ihrem letztendlichen Sieg. Als Reaktion auf das brutale Vorgehen der Polizei begannen die Demonstranten mit Ketten, Stöcken, Steinen, Benzinbomben, sogar einem Bulldozer - und schließlich mit Schusswaffen zu kämpfen, was im Februar in einer bewaffneten Schlacht gipfelte, bei der dreizehn Polizisten und fast fünfzig Demonstranten starben. Die Polizei "konnte sich nicht mehr gegen die Angriffe der Demonstranten wehren", schreibt der Politikwissenschaftler Sergiy Kudelia, woraufhin sie sich zurückzog und Janukowitschs Rücktritt einleitete.

NewsGuard bezeichnet die Ereignisse als "Revolution", doch Revolutionen in der Geschichte richteten sich in der Regel gegen Monarchen oder Diktatoren, nicht gegen demokratisch gewählte Führer. So richteten sich beispielsweise die Amerikanische Revolution von 1776, die Französische Revolution von 1789, die Russische Revolution von 1917, die Ägyptische Revolution von 1952, die Iranische Revolution von 1979 und unzählige andere gegen Monarchen. Staatsstriche richteten sich sowohl gegen gewählte als auch gegen nicht gewählte Führer. Revolutionen verändern politische Systeme, in der Regel von Monarchien zu Republiken. Das politische System der Ukraine wurde nicht verändert, nur ihr Führer.

Wie ein Leser, Adrian E., unten zu diesem Artikel kommentierte:

"Wenn eine Bewegung, die von etwa der Hälfte der Bevölkerung unterstützt und von etwa der Hälfte der Bevölkerung abgelehnt wird, eine demokratisch gewählte Regierung gewaltsam stürzt, kann dies unter verschiedenen Bezeichnungen geschehen (z. B. Putsch), aber es handelt sich sicherlich nicht um eine "Volksrevolution".

Die Maydan-Bewegung wurde nie von mehr als der Hälfte der ukrainischen Bevölkerung unterstützt. Sie wurde von einer großen Mehrheit in der Westukraine unterstützt, von sehr wenigen Menschen im Osten und Süden des Landes, wobei die Menschen im Zentrum/Norden gleichmäßiger verteilt waren. Es handelte sich eindeutig nicht um eine Regierung, die so stark an öffentlicher Unterstützung verloren hatte, dass ein allgemeiner Konsens darüber bestand, dass sie zurücktreten sollte. Es handelte sich vielmehr um ein politisches Lager, das etwa die Hälfte des Landes repräsentierte und die letzten Wahlen verloren hatte, und das seinen Willen mit brutaler, tödlicher Gewalt durchsetzte."

Die Absetzung Janukowitschs war in jeder Hinsicht ein verfassungswidriger Regierungswechsel. Sein "Amtsenthebungsverfahren", bei dem seine Partei nicht anwesend war, fand statt, nachdem Regierungsgebäude beschlagnahmt worden waren und er mit Gewalt aus der Hauptstadt vertrieben wurde.

Indizienbeweise

McCain vor einer Menschenmenge in Kiew, 15. Dezember 2013. (U.S. Senat/Büro von Chris Murphy/Wikimedia Commons)

In seiner Version dieser Ereignisse bezieht sich NewsGuard nur auf Indizienbeweise für den Staatsstreich und interpretiert sie als "Unterstützung" der USA für eine "Revolution" gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten.

NewsGuard unterlässt es, darauf hinzuweisen, dass McCain, Senator Christopher Murphy (D-CT) sowie Nuland auf dem Maidan zusammen mit Oleh Tyahnybok, dem Führer der neofaschistischen Svoboda-Partei, die früher als Soziale Nationale Partei bekannt war, auf der Bühne erschienen.

NewsGuard geht nicht darauf ein, wie solche Ereignisse in den Vereinigten Staaten gesehen würden, wenn ein hochrangiger Beamter des russischen Außenministeriums, zwei führende russische Gesetzgeber und der russische Botschafter in den USA gemeinsam mit einem rechtsextremen amerikanischen Führer auf der Bühne stünden, um auf der Washington Mall zu einer Menschenmenge zu sprechen, die versucht, einen gewählten US-Präsidenten zu stürzen. Wenn dieser Präsident gewaltsam gestürzt würde, würden die Amerikaner dann denken, dass der Putsch von Russland unterstützt wurde?

NewsGuard geht auf Nulands Rede aus dem Jahr 2013 ein, in der sie enthüllte, dass die USA seit 1991 5 Milliarden Dollar ausgegeben haben, um die "Bestrebungen" der Ukraine zu unterstützen. Was nicht erwähnt wird, ist, dass die Bestrebungen der USA darin bestanden, die Ukraine dem Westen zuzuwenden und von Russland wegzuführen. Und die USA hatten einiges zu tun.

In einer Umfrage aus dem Jahr 2008, 17 Jahre nach Beginn dieser US-Bemühungen und in dem Jahr, in dem die USA erklärten, die Ukraine werde eines Tages der NATO beitreten, sprachen sich 50 Prozent der Ukrainer gegen eine NATO-Mitgliedschaft aus, während nur 24,3 Prozent sie befürworteten. Eine Gallup-Umfrage aus dem Jahr 2010 ergab, dass 40 Prozent der Ukrainer die NATO eher als Bedrohung denn als Beschützer ansehen. Nur 17 Prozent vertraten die gegenteilige Ansicht. Die Herausforderung für die USA bestand also darin, durch von den USA finanzierte Nichtregierungsorganisationen eine Zivilgesellschaft aufzubauen, die dem Westen wohlgesonnen ist.

NewsGuard erwähnt nicht, dass ein Teil der 5 Milliarden Dollar, die die USA ausgaben, für die Organisation von Protesten verwendet wurde. Es gab eine echte Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Janukowitsch, die von der NED genährt und ausgebildet wurde. Jacobin berichtete über die Ereignisse von 2014:

"US-Beamte, unzufrieden mit dem gescheiterten EU-Deal, sahen in den Maidan-Protesten eine ähnliche Chance. Nur zwei Monate vor dem Ausbruch der Proteste schrieb der damalige Präsident des NED unter Verweis auf Janukowitschs Engagement in Europa, dass "die Chancen beträchtlich sind und es wichtige Möglichkeiten gibt, wie Washington helfen könnte."

In der Praxis bedeutete dies die Finanzierung von Gruppen wie New Citizen, die laut der Financial Times "eine große Rolle dabei spielte, den Protest in Gang zu bringen", der von einem Pro-EU-Oppositionellen angeführt wurde. Der Journalist Mark Ames fand heraus, dass die Organisation Hunderttausende von Dollar von US-Demokratieförderungsinitiativen erhalten hatte".

Sechs Tage nach dem Sturz Janukowitschs schrieb Parry in Consortium News, dass die National Endowment for Democracy (NED), die Nichtregierungsorganisationen in Ländern finanziert, die von den USA für einen Regimewechsel ins Visier genommen werden, im vergangenen Jahr 65 Projekte in der Ukraine mit insgesamt mehr als 20 Millionen Dollar finanziert habe. Parry nannte es "eine politische Schattenstruktur von Medien und Aktivistengruppen, die eingesetzt werden könnte, um Unruhen zu schüren, wenn die ukrainische Regierung nicht wie gewünscht handelt".

Am 25. Februar, dem Tag nach der russischen Invasion, löschte das NED alle von ihm finanzierten Projekte in der Ukraine, die hier archiviert sind. Die NED mischte sich 2004 in die ukrainische Politik ein, als es um die so genannte Orange Revolution ging. Die Washington Post (grüner Haken) schrieb 1991, dass das, was die C.I.A. einst im Verborgenen tat - die Destabilisierung und der Sturz von Regimen -, die NED nun offen tat.

Von der C.I.A. oder der NED angeführte Staatsstriche sind nie aus der Luft gegriffen. Die USA arbeiten mit echten Oppositionsbewegungen innerhalb eines Landes zusammen, manchmal auch mit Volksaufständen, und finanzieren, trainieren und leiten sie. Die USA haben eine lange Geschichte des Sturzes ausländischer Regierungen, die berühmtesten Beispiele sind Iran 1953, Guatemala 1954 und Chile 1973.

Im September 2013, vor Beginn des Aufstands auf dem Maidan, bezeichnete der langjährige NED-Chef Carl Gerhman die Ukraine in einem Meinungsartikel in der Washington Post als "den größten Preis" und warnte, dass "auch die Russen vor einer Wahl stehen und Putin nicht nur im nahen Ausland, sondern auch innerhalb Russlands selbst auf verlorenem Posten stehen könnte."

Im Jahr 2016 sagte er, die NED sei seit den 1980er Jahren in der Ukraine engagiert und er lobte den "Sturz von Janukowitsch".

Nuland-Pyatt-Band ausgelassen

Der Versuch von NewsGuard, die Beteiligung der USA am Staatsstreich zu widerlegen, lässt vor allem das 2014 abgehörte und durchgesickerte Telefongespräch zwischen Nuland und Pyatt, dem damaligen US-Botschafter in der Ukraine, aus, in dem die beiden darüber sprechen, wer die neue Regierung bilden wird, Wochen bevor Janukowitsch gestürzt wurde.

Auf dem durchgesickerten Band sprechen Nuland und Pyatt über die "Geburtshilfe" für eine neue Regierung, die Rolle von Vizepräsident Joe Biden und die Organisation von Treffen mit ukrainischen Politikern, um dies zu ermöglichen. Nuland sagt, dass der Premierminister Arsenij Jazenjuk sein sollte, und tatsächlich wurde er nach dem Putsch Premierminister.

Damals schrieb die BBC (grüner Haken) über das Leck: "Die USA sagen, dass sie mit allen Seiten in der Krise zusammenarbeiten, um eine friedliche Lösung zu erreichen, und stellen fest, dass 'letztendlich das ukrainische Volk über seine Zukunft entscheiden muss'. Diese Abschrift deutet jedoch darauf hin, dass die USA sehr klare Vorstellungen davon haben, wie das Ergebnis aussehen sollte, und dass sie sich bemühen, diese Ziele zu erreichen."

Das US-Außenministerium hat die Echtheit des Videos nie bestritten und sich sogar bei der Europäischen Union entschuldigt, nachdem Nuland auf dem Band zu hören ist, wie sie sagt: "Fuck the EU." Die Mainstream-Medien konzentrierten sich damals fast ausschließlich auf diese anzügliche Bemerkung, um von der größeren Bedeutung der Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der Ukraine abzulenken.

Warum hat Nuland gesagt: "Scheiß auf die EU"? Zu der Zeit, als sie das sagte, arbeiteten Frankreich, Deutschland und Polen für die EU an einer politischen Lösung der Maidan-Krise mit Russland, die Janukowitsch an der Macht belassen würde.

Tatsächlich vermittelte die EU eine Einigung mit Janukowitsch, der vorgezogenen Wahlen bis Dezember, der Wiederherstellung der Verfassung von 2004 und einer Amnestie für alle Demonstranten zustimmte und damit den Weg dafür freimachte, dass niemand für den gewaltsamen Sturz verantwortlich gemacht werden konnte. Janukowitsch verkündete die Vereinbarung am 21. Februar 2014 in Kiew in Anwesenheit von EU-Beamten. Noch am selben Tag wurde er gewaltsam von der Macht vertrieben.

Das Weglassen der historischen Rolle der NED und des wichtigen Gesprächs zwischen Nuland und Pyatt in der Berichterstattung ist eine für die Konzernmedien typische Unterlassung von Beweisen durch NewsGuard. Das

Weglassen entscheidender Elemente einer Geschichte verändert ihre Bedeutung und untergräbt in diesem Fall die Darstellung der Ereignisse von 2014 durch NewsGuard.

Dies ist ein hervorragendes Beispiel dafür, warum Parry Consortium News gegründet hat: um über wichtige Informationen zu berichten, die die Konzernmedien manchmal absichtlich und irreführend weglassen, um die Bedeutung einer Geschichte zu verändern. NewsGuard sollte seine Geschichte über den Putsch korrigieren, nicht Consortium News. NewsGuard bittet seine Leser, Korrekturen per E-Mail an corrections@newsguardtech.com anzufordern.

Wahrscheinliche Gründe für den Putsch

Die USA ermöglichten Jelzins Wiederwahl 1996.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 haben Wall Street und Washington unter einem gefügigen Boris Jelzin (der direkte US-Hilfe erhielt, um 1996 wiedergewählt zu werden) die ehemals staatlichen Industrien ausgeplündert, sich selbst und eine neue Klasse von Oligarchen bereichert und das ehemalige sowjetische Volk verarmt.

Mit der Machtübernahme durch Wladimir Putin in der Silvesternacht 1999 begann der Einfluss der USA im postsowjetischen Russland allmählich zurückgedrängt zu werden, vor allem nach Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, in der er die einseitige Aggression der USA, insbesondere im Irak, scharf kritisierte.

Schließlich stellte Putin die Souveränität über einen Großteil der russischen Wirtschaft wieder her und brachte Washington und die Wall Street gegen sich auf. (Wie Präsident Joe Biden inzwischen mehr als einmal deutlich gemacht hat, ist es das Ziel der USA, ihn zu stürzen.)

In seinem 1997 erschienenen Buch *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, schrieb der ehemalige nationale Sicherheitsberater der USA, Zbigniew Brzezinski:

"Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Platz auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiges Land dazu beiträgt, Russland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein. Russland kann ohne die Ukraine immer noch einen imperialen Status anstreben, aber es würde dann ein vorwiegend asiatischer imperialer Staat werden.

Die "Vormachtstellung" der USA oder die Dominanz in der Welt, die Washington immer noch antreibt, ist also nicht möglich ohne die Kontrolle über Eurasien, wie Brzezinski argumentierte, und das ist nicht möglich ohne die

Kontrolle über die Ukraine, indem Russland verdrängt wird (Übernahme der Ukraine durch die USA beim Staatsstreich 2014) und Moskau dominiert, wie es das in den 1990er Jahren tat, als dies geschrieben wurde.

Die tiefe Einmischung des Westens in die ukrainische Politik und Wirtschaft hat seit jenen frühen postsowjetischen Tagen nie aufgehört. Als Janukowitsch das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zugunsten eines russischen Wirtschaftspakets zu besseren Bedingungen ablehnte, drohte er damit, das wirtschaftliche Engagement des Westens einzuschränken, was von der Rada genehmigt wurde. Janukowitsch wurde zu einem gezeichneten Mann.

Janukowitsch hatte bereits Russisch zur Amtssprache gemacht, die NATO-Mitgliedschaft abgelehnt und die Verherrlichung von Nazi-Kollaborateuren durch seinen pro-westlichen Vorgänger rückgängig gemacht. Janukowitschs Vorgänger, Präsident Viktor Juschtschenko, hatte den ukrainischen Faschistenführer Stepan Bandera aus dem Zweiten Weltkrieg zu einem "Helden der Ukraine" gemacht.

In der Bevölkerung, vor allem in der Westukraine, herrschte eine echte Unzufriedenheit mit Janukowitsch, die sich nach seiner Ablehnung des EU-Abkommens noch verstärkte und in Gewalt umschlug. Innerhalb weniger Monate wurde er gestürzt.

Nach dem Putsch

Die von den USA eingesetzte Regierung in Kiew verbot die politischen Parteien, einschließlich der Kommunistischen Partei, und strich Russisch als Amtssprache. Janukowitschs Partei der Regionen wurde in mehreren Oblasts verboten und brach schließlich zusammen. Ein amerikanischer Staatsbürger wurde Finanzminister, und Vizepräsident Joe Biden wurde quasi zum Vizekönig von Barack Obama in der Ukraine.

Es sind Videos aufgetaucht, in denen Biden dem damaligen nominellen Präsidenten Petro Poroschenko Anweisungen gibt. Nach eigenem Bekunden erzwang Biden den Rücktritt des ukrainischen Generalstaatsanwalts Viktor Shokin.

Shokin sagte unter Eid aus, dass er im Begriff war, gegen Burisma Holdings zu ermitteln, das Unternehmen, in dem der Sohn des Vizepräsidenten nur wenige Monate nach dem von den USA unterstützten Staatsstreich einen lukrativen Aufsichtsratsposten erhalten hatte.

Biden, andere US-Beamte und die Medien logen damals, dass Shokin abgesetzt wurde, weil er korrupt war. In Memos des Außenministeriums, die in diesem Jahr freigegeben und von Just the News (green-check) veröffentlicht wurden, wird Shokin für seine Arbeit zur Korruptionsbekämpfung gelobt. Die Frage, ob

der Führer eines fremden Landes das Recht hat, den Staatsanwalt eines anderen Landes abzusetzen, wurde begraben.

Acht Tage, nachdem am 2. Mai 2014 fast 50 Putschgegner in Odessa von rechtsextremen, vom Rechten Sektor dominierten Gegendemonstranten verbrannt worden waren, erklärten die putschkritischen Provinzen Luhansk und Donezk in der Region Donbass ihre Unabhängigkeit von der Ukraine. Russland begann, sie zu unterstützen, und nach einem Besuch des damaligen CIA-Direktors John Brennan in Kiew begann Poroschenko einen Krieg gegen die Separatisten, der acht Jahre andauerte und Tausende von Zivilisten tötete, bis Russland im Februar in den Bürgerkrieg eingriff.

Nach dem Staatsstreich begann die NATO, das ukrainische Militär zu bewaffnen, auszubilden und Übungen mit ihm durchzuführen, wodurch das Land de facto zu einem NATO-Mitglied wurde. Damit wurden nicht nur die Interessen eines Teils der Ukraine bedient, sondern auch die von mächtigen ausländischen Akteuren. Dies kam einer kolonialen Übernahme eines Landes im Stil des 19. Jahrhunderts gleich.

Anklage: Nazi-Einfluss "übertrieben

Fackelumzug hinter dem Porträt von Bandera an seinem Geburtstag, 1. Januar 2015. (Wikimedia Commons)

Die Beziehung der USA zu den ukrainischen Faschisten begann nach dem Zweiten Weltkrieg. Während des Krieges waren Einheiten der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN-B) am Holocaust beteiligt und töteten mindestens 100.000 Juden und Polen. Mykola Lebed, ein hochrangiger Berater von Stepan Bandera, dem Anführer der faschistischen OUN-B, wurde nach dem Krieg von der CIA rekrutiert, wie aus einer Studie des US-Nationalarchivs aus dem Jahr 2010 hervorgeht.

In der Studie der Regierung heißt es: "Banderas Flügel (OUN-B) war eine militante faschistische Organisation." Banderas engster Stellvertreter, Jaroslaw Stetsko, sagte: "Ich ... bin mir der unbestreitbar schädlichen und feindlichen Rolle der Juden bewusst, die Moskau bei der Versklavung der Ukraine helfen.... Ich unterstütze daher die Vernichtung der Juden und die Zweckmäßigkeit, die deutschen Methoden zur Ausrottung des Judentums in die Ukraine zu bringen...."

In der Studie heißt es: "Bei einem Treffen in Lwów am 6. Juli 1941 beschlossen die Bandera-Loyalisten, dass die Juden 'hart behandelt werden müssen.... Wir müssen ihnen den Garaus machen.... Was die Juden betrifft, so werden wir alle Methoden anwenden, die zu ihrer Vernichtung führen.'"

Lebed selbst schlug vor, "'das gesamte Revolutionsgebiet von der polnischen Bevölkerung zu säubern', damit ein wiedererstehender polnischer Staat die

Region nicht wie 1918 beanspruchen würde." Lebed war "Außenminister" einer banderitischen Exilregierung, brach aber später mit Bandera, weil er sich wie ein Diktator verhielt. Das U.S. Army Counterintelligence Corps bezeichnete Bandera als "extrem gefährlich", sagte jedoch, er werde "als geistiger und nationaler Held aller Ukrainer angesehen....".

Die CIA war nicht an einer Zusammenarbeit mit Bandera interessiert, heißt es auf den Seiten 81-82 des Berichts, wohl aber der britische MI6. "Der MI6 argumentierte, Banderas Gruppe sei 'die stärkste ukrainische Organisation im Ausland, die für kompetent gehalten wird, Parteikader auszubilden [und] eine moralisch und politisch gesunde Organisation aufzubauen....". In einer Zusammenfassung des MI6 von Anfang 1954 heißt es: "Der operative Aspekt dieser [britischen] Zusammenarbeit [mit Bandera] entwickelte sich zufriedenstellend. Allmählich wurde eine vollständigere Kontrolle über die Infiltrationsoperationen erlangt ..."

Allen Dulles von der C.I.A. bittet die US-Einwanderungsbehörde, Lebed trotz seiner Verurteilung wegen Mordes die Wiedereinreise in die Vereinigten Staaten zu gestatten. (Aus Hitlers Schatten. Zum Vergrößern anklicken.)

Großbritannien beendete seine Zusammenarbeit mit Bandera im Jahr 1954. Der westdeutsche Geheimdienst unter dem ehemaligen Nazi-Geheimdienstchef Reinhard Gehlen arbeitete dann mit Bandera zusammen, der schließlich 1959 vom KGB in München mit Zyankali ermordet wurde.

Anstelle von Bandera war die CIA an Lebed interessiert, trotz seines faschistischen Hintergrunds. Sie richteten ihm ein Büro in New York City ein, von dem aus er Sabotage- und Propagandaoperationen im Namen der Agentur in der Ukraine gegen die Sowjetunion leitete. In der Studie der US-Regierung heißt es:

"Die CIA-Operationen mit diesen Ukrainern begannen 1948 unter dem Kryptononym CARTEL, das bald in AERODYNAMIC geändert wurde. ... Lebed zog nach New York und erwarb den Status eines ständigen Einwohners, dann die US-Staatsbürgerschaft. Sie bewahrte ihn vor Attentaten, erlaubte ihm, vor ukrainischen Emigrantengruppen zu sprechen, und erlaubte ihm, nach operativen Reisen nach Europa in die Vereinigten Staaten zurückzukehren. In den Vereinigten Staaten war Lebed der Hauptansprechpartner der CIA für AERODYNAMIC. Die CIA-Verantwortlichen verwiesen auf seinen "gerissenen Charakter", seine "Beziehungen zur Gestapo und ... seine Gestapo-Ausbildung" und die Tatsache, dass er "ein sehr rücksichtsloser Arbeiter" war.

Die CIA arbeitete mit Lebed an Sabotage- und pro-ukrainischen nationalistischen Propagandaoperationen innerhalb der Ukraine bis zur Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991. "Mykola Lebeds Beziehung zur CIA dauerte die gesamte Dauer des Kalten Krieges an", heißt es in der Studie. "Während die meisten CIA-Operationen, an denen Kriegstäter beteiligt waren,

nach hinten losgingen, trugen Lebeds Operationen zur grundlegenden Instabilität der Sowjetunion bei."

Bandera-Wiederbelebung

Bandera-Denkmal in Lvov. (wikimapia.org)

Auf diese Weise hielten die USA die ukrainischen faschistischen Ideen innerhalb der Ukraine verdeckt am Leben, bis zumindest die ukrainische Unabhängigkeit erreicht war. "Mykola Lebed, der Kriegschef von Bandera in der Ukraine, starb 1998. Er ist in New Jersey begraben, und seine Unterlagen befinden sich im ukrainischen Forschungsinstitut der Harvard-Universität", heißt es in der Studie des US-Nationalarchivs.

Die Nachfolgeorganisation der OUN-B in den Vereinigten Staaten ist jedoch nicht mit ihm gestorben. Sie wurde in Ukrainian Congress Committee of America (UCCA) umbenannt, so IBT.

"Mitte der 1980er Jahre war die Reagan-Regierung mit UCCA-Mitgliedern durchsetzt. Reagan empfing [Jaroslaw] Stetsko, den Banderistenführer, der das Massaker an 7.000 Juden in Lemberg beaufsichtigte, 1983 persönlich im Weißen Haus", berichtete IBT. "Nach dem Sturz von Janukowitschs Regime half die UCCA bei der Organisation von Kundgebungen in Städten in den USA zur Unterstützung der EuroMaidan-Proteste", heißt es dort.

Das ist eine direkte Verbindung zwischen dem Maidan und dem ukrainischen Faschismus aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

Obwohl die USA den weniger extremen Lebed gegenüber Bandera bevorzugten, ist letzterer die inspirierendere Figur in der Ukraine geblieben.

Im Jahr 1991, dem ersten Jahr der ukrainischen Unabhängigkeit, wurde die neofaschistische Soziale Nationale Partei, die spätere Svoboda-Partei, gegründet, die direkt auf Bandera zurückgeht. Sie ließ in Liviv eine Straße nach Bandera benennen und versuchte, den Flughafen der Stadt nach ihm zu benennen. (Svoboda gewann 2012 vor dem Staatsstreich 10 Prozent der Sitze in der Rada und bevor McCain und Nuland im darauffolgenden Jahr mit ihrem Vorsitzenden auftauchten).

Im Jahr 2010 erklärte der prowestliche ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko Bandera zum Helden der Ukraine, ein Status, der von Janukowitsch, der gestürzt wurde, wieder aufgehoben wurde.

In der Ukraine wurden mehr als 50 Denkmäler, Büsten und Museen zum Gedenken an Bandera errichtet, zwei Drittel davon seit 2005, dem Jahr der Wahl des proamerikanischen Juschtschenko. In einer akademischen Studie aus der Schweiz heißt es:

"Am 13. Januar 2011 traf sich der Rat der Oblast L'vivs'ka zu einer außerordentlichen Sitzung neben dem Bandera-Denkmal in L'viv, auf die Aufhebung [skasuvannya] von Viktor Juschtschenkos Anordnung, Stepan Bandera zum 'Helden der Ukraine' zu ernennen, indem er bekräftigte, dass 'Bandera für Millionen von Ukrainern ein ukrainischer Held war und bleibt, ungeachtet der bedauernswerten und wertlosen Entscheidungen der Gerichte', und seine Absicht erklärte, die 'Stepan-Bandera-Straße' in 'Held der Ukraine Stepan-Bandera-Straße' umzubenennen. '"

Fackelparaden hinter Banderas Porträt sind in ukrainischen Städten üblich, insbesondere am 1. Januar, seinem Geburtstag, so auch in diesem Jahr.

Mainstream über Neonazis

Von Beginn der Ereignisse in der Ukraine 2013-2014 an begannen der Gründer von Consortium News, Robert Parry, und andere Autoren, die Beweise zu liefern, die es laut NewsGuard nicht gibt, und berichteten ausführlich über den Putsch und die einflussreiche Rolle der ukrainischen Neonazis. Damals berichteten auch die Wirtschaftsmedien über die wesentliche Rolle, die Neonazis bei dem Putsch spielten.

Wie die New York Times berichtete, spielte die Neonazi-Gruppe "Rechter Sektor" die Schlüsselrolle bei der gewaltsamen Absetzung Janukowitschs. Die Rolle der neofaschistischen Gruppen beim Aufstand und ihr Einfluss auf die ukrainische Gesellschaft wurde damals von den Mainstream-Medien ausführlich dargestellt.

Die BBC, die NYT, der Daily Telegraph und CNN berichteten alle über die Rolle des Rechten Sektors, der C14 und anderer Extremisten beim Sturz von Janukowitsch. Die BBC brachte diesen Bericht eine Woche nach seinem Sturz:

Und dieser Bericht im Juli 2015:

Nach dem Putsch kamen einige Minister in der neuen Regierung von neofaschistischen Parteien. NBC News (grüner Haken) berichtete im März 2014: "Swoboda, was 'Freiheit' bedeutet, erhielt fast ein Viertel der Kabinettsposten in der Übergangsregierung, die nach dem Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch im Februar gebildet wurde."

Swobodas Anführer Tjahnybok, mit dem McCain und Nuland auf der Bühne standen, forderte einst die Befreiung der Ukraine von der "moskowitzisch-jüdischen Mafia". Die International Business Times (grüner Haken) berichtete:

"2005 unterzeichnete Tyahnybok einen offenen Brief an den damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko, in dem er ihn aufforderte, alle jüdischen Organisationen zu verbieten, einschließlich der Anti-Defamation

League, die seiner Meinung nach 'kriminelle Aktivitäten [des] organisierten Judentums' durchführte, die letztlich auf den Völkermord am ukrainischen Volk abzielten."

Bevor McCain und Nuland Tjahnybok und seine sozialnationale Partei umarmten, wurde sie vom Europäischen Parlament verurteilt, das 2012 erklärte:

"[Das Parlament] erinnert daran, dass rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Ansichten gegen die Grundwerte und Prinzipien der EU verstoßen, und appelliert daher an die pro-demokratischen Parteien in der Werchowna Rada [ukrainische Legislative], sich nicht mit dieser Partei zusammenzuschließen, sie zu unterstützen oder mit ihr zu koalieren."

Solche Mainstream-Berichte über den Banderismus haben aufgehört, als die neofaschistische Rolle in der Ukraine in den westlichen Medien unterdrückt wurde, nachdem Putin die "Entnazifizierung" zu einem Ziel der Invasion erklärt hatte.

Das Asow-Bataillon, das während des Putsches entstand, wurde zu einer wichtigen Kraft im Krieg gegen die russischsprachige Bevölkerung im Donbass, die sich dem Putsch widersetzte. Sein Kommandeur, Andriy Biletsky, sagte berüchtigt, die Mission der Ukraine sei es, "die Weißen Rassen der Welt in einem letzten Kreuzzug für ihr Überleben ... gegen die von Semiten geführten Untermenschen zu führen."

Im Jahr 2014 wurde das heutige Asow-Regiment offiziell in die ukrainische Nationalgarde eingegliedert und untersteht der Kontrolle des Innenministeriums. Es ist weiter in den Staat integriert, indem es eng mit dem Geheimdienst SBU zusammenarbeitet. Asow ist weltweit die einzige bekannte neofaschistische Komponente im Militär eines Landes.

Als Teil des ukrainischen Militärs trugen Azov-Mitglieder (bis zu dieser Woche) immer noch gelbe Armbinden mit der Wolfsangel, die einst von deutschen SS-Truppen im Zweiten Weltkrieg getragen wurde. Einschließlich der Gräueltaten, die sie weiterhin begangen haben, zeigt Asow der Welt, dass die Integration in den Staat sie nicht entnazifiziert hat. Im Gegenteil, sie könnten ihren Einfluss auf den Staat sogar noch verstärkt haben.

Die USA und die NATO haben Asow auch ausgebildet und bewaffnet, da Barack Obama der Ukraine tödliche Hilfe verweigert hatte. Obama lehnte Waffenlieferungen an die Ukraine unter anderem deshalb ab, weil er befürchtete, sie könnten den Rechtsextremisten in die Hände fallen. Das berichtet die grün-geprüfte New York Times,

"Herr Obama stellt weiterhin Fragen, die auf seine Zweifel hindeuten. O.K., was passiert, wenn wir Ausrüstung schicken - müssen wir Ausbilder schicken?",

sagte eine Person, die die Diskussion unter der Bedingung der Anonymität umschrieb. Was ist, wenn es in den Händen von Schlägern landet? Was ist, wenn Putin eskaliert?"

Die Einwände von NewsGuard

Collage des neofaschistischen Führers Oleh Tyahnybok. beim Treffen mit McCain, Biden und Nuland. (Facebook-Bild von Red, White and You aus einem Ausschnitt des Films Ukraine on Fire)

Das Argument von NewsGuard gegen den großen Einfluss von Neonazi-Gruppen in der Ukraine beruht auf den schlechten Wahlergebnissen neofaschistischer politischer Parteien. Dies ignoriert die Tatsache, dass diese Gruppen sich stattdessen im außerparlamentarischen Extremismus engagieren.

In seiner Anklage gegen Consortium News wegen der Veröffentlichung "falscher Inhalte" über den Neofaschismus in der Ukraine schrieb Fishman von NewsGuard:

"Es gibt keine Beweise dafür, dass der Nazismus einen wesentlichen Einfluss in der Ukraine hat. Radikale rechtsextreme Gruppen in der Ukraine stellen eine 'Bedrohung für die demokratische Entwicklung der Ukraine' dar, so ein Bericht von Freedom House aus dem Jahr 2018. Der Bericht stellt aber auch fest, dass die Rechtsextremen in der Ukraine politisch nur schwach vertreten sind und keinen plausiblen Weg zur Macht haben - bei den Parlamentswahlen 2019 zum Beispiel erhielt die rechtsextreme nationalistische Partei Svoboda 2,2 Prozent der Stimmen, während der Svoboda-Kandidat Ruslan Koshulynskyy bei den Präsidentschaftswahlen nur 1,6 Prozent der Stimmen erhielt."

Aber dieses Argument, sich auf Wahlergebnisse zu konzentrieren, wurde von einer Reihe von Mainstream-Quellen zurückgewiesen, nicht zuletzt vom Atlantic Council, dem wahrscheinlich antirussischsten Think Tank der Welt. In einem Artikel aus dem Jahr 2019 sagte ein Autor des Atlantic Council:

"Um es klar zu sagen: Rechtsextreme Parteien wie Svoboda schneiden in den Umfragen und Wahlen der Ukraine schlecht ab, und die Ukrainer zeigen keinen Wunsch, von ihnen regiert zu werden. Aber dieses Argument ist ein kleines Ablenkungsmanöver. Nicht die Wahlchancen der Extremisten sollten die Freunde der Ukraine beunruhigen, sondern vielmehr die mangelnde Bereitschaft oder Unfähigkeit des Staates, gewalttätigen Gruppen entgegenzutreten und ihre Straffreiheit zu beenden. Ob dies nun auf das anhaltende Gefühl zurückzuführen ist, einigen dieser Gruppen für ihren Kampf gegen die Russen etwas schuldig zu sein, oder auf die Angst, sie könnten sich gegen den Staat selbst wenden - es ist ein echtes Problem, und wir erweisen der Ukraine keinen Dienst, wenn wir es unter den Teppich kehren."
[Hervorhebung hinzugefügt].

"Die Befürchtung, dass sie sich gegen den Staat selbst wenden könnten", verdeutlicht den großen Einfluss, den diese Gruppen auf die Regierung haben. Der Artikel des Atlantic Council unterstreicht dann, wie einflussreich diese Gruppen sind:

"Es klingt wie der Stoff, aus dem Kreml-Propaganda gemacht ist, aber das ist es nicht. Letzte Woche enthüllte Hromadske Radio, dass das ukrainische Ministerium für Jugend und Sport die Neonazi-Gruppe C14 finanziert, um 'nationalpatriotische Bildungsprojekte' im Land zu fördern. Am 8. Juni gab das Ministerium bekannt, dass es C14 knapp 17.000 Dollar für ein Kinderlager zukommen lassen wird. Es vergab auch Gelder an Holosiyiv Hideout und Educational Assembly, die beide Verbindungen zur rechtsextremen Szene haben. Die Enthüllung ist ein gefährliches Beispiel dafür, dass die Strafverfolgungsbehörden die zunehmende Gesetzlosigkeit rechtsextremer Gruppen, die bereit sind, Gewalt gegen Personen anzuwenden, die sie nicht mögen, stillschweigend akzeptieren oder sogar fördern.

Seit Anfang 2018 haben C14 und andere rechtsextreme Gruppen wie die Asow-nahe Nationale Miliz, der Rechte Sektor, Karpatska Sich und andere mehrfach Roma-Gruppen angegriffen, ebenso wie antifaschistische Demonstrationen, Stadtratssitzungen, eine Veranstaltung von Amnesty International, Kunstausstellungen, LGBT-Veranstaltungen und Umweltaktivisten. Am 8. März griffen gewalttätige Gruppen in verschiedenen Städten der Ukraine Demonstranten zum Internationalen Frauentag an. In nur wenigen dieser Fälle unternahm die Polizei etwas, um die Angriffe zu verhindern, und in einigen Fällen wurden sogar friedliche Demonstranten und nicht die eigentlichen Täter festgenommen."

Der Atlantic Council ist nicht die einzige antirussische Organisation, die die gefährliche Macht der neofaschistischen Gruppen in der Ukraine erkannt hat. Bellingcat veröffentlichte 2018 einen alarmierenden Artikel mit der Überschrift: "Ukrainian Far-Right Fighters, White Supremacists Trained by Major European Security Firm."

Die NATO hat auch das Asow-Regiment ausgebildet, was eine direkte Verbindung zwischen den USA und rechtsextremen ukrainischen Kämpfern herstellt.

The Hill berichtete 2017 in einem Artikel mit der Überschrift "Die Realität der Neonazis in der Ukraine ist weit entfernt von der Propaganda des Kremls", dass:

"Einige westliche Beobachter behaupten, dass es in der Ukraine keine neonazistischen Elemente gibt, und kreiden diese Behauptung der Propaganda aus Moskau an. Das ist leider ein trauriger Irrtum.

Es gibt tatsächlich neonazistische Gruppierungen in der Ukraine. Dies wurde von fast allen großen westlichen Medien mit überwältigender Mehrheit bestätigt. Die Tatsache, dass Analysten dies als von Moskau verbreitete Propaganda abtun können, ist zutiefst beunruhigend.

Das Logo von Asow setzt sich aus zwei Emblemen zusammen - der Wolfsangel und dem Sonnenrad -, die von der Anti-Defamation League als Neonazi-Symbole eingestuft werden. Die Wolfsangel wird von der US-amerikanischen Hassgruppe Aryan Nations verwendet, während das Sonnenrad zu den Neonazi-Symbolen bei dem tödlichen Aufmarsch in Charlottesville in diesem Sommer gehörte.

Über den neonazistischen Charakter von Azov haben unter anderem die New York Times, der Guardian, die BBC, der Telegraph und Reuters berichtet. Vor-Ort-Journalisten etablierter westlicher Medien berichteten von SS-Runen, Hakenkreuzen, Fackelmärschen und Nazi-Grüßen. Sie interviewten Asow-Soldaten, die bereitwillig zugaben, Neonazis zu sein. Sie stellten diese Berichte unter eindeutige Schlagzeilen wie "Wie viele Neonazis unterstützen die USA in der Ukraine?" und "Freiwillige ukrainische Einheit enthält Nazis".

Wie kann das russische Propaganda sein?

Die Vereinten Nationen und die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch haben Asow wie auch anderen Kiewer Bataillonen eine ganze Reihe von Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Der Neofaschismus hat auch die ukrainische Popkultur infiziert. Ein halbes Dutzend neonazistischer Musikgruppen veranstaltete 2019 ein Konzert zum Gedenken an den Tag, an dem Nazi-Deutschland in die Sowjetunion einmarschierte.

Amnesty International warnte 2019: "Die Ukraine versinkt in einem Chaos aus unkontrollierter Gewalt, die von radikalen Gruppen ausgeht, und deren völliger Straffreiheit. Praktisch niemand im Land kann sich unter diesen Bedingungen sicher fühlen."

Zelensky und Neonazis

Zelensky mit einem Asow-Mitglied (rechts) bei einer Rede vor dem griechischen Parlament im April. (Griechisches Parlamentsfernsehen)

Einer der mächtigsten Oligarchen der Ukraine aus den frühen 1990er Jahren, Ihor Kolomoisky, war ein früher Geldgeber des neonazistischen Asow-Bataillons. Einem Bericht von Reuters aus dem Jahr 2015 zufolge (grüngeprüft):

"Viele dieser paramilitärischen Gruppen werden beschuldigt, die Bürger, die sie schützen sollen, zu misshandeln. Amnesty International hat berichtet, dass das Aidar-Bataillon - das ebenfalls teilweise von Kolomoisky finanziert wird - Kriegsverbrechen begangen hat, darunter illegale Entführungen, unrechtmäßige Inhaftierungen, Raub, Erpressung und sogar mögliche Hinrichtungen.

Dem Amnesty-Bericht zufolge haben andere pro-kiewer Privatbataillone Zivilisten als eine Form der Kriegsführung ausgehungert und verhindert, dass Hilfskonvois die von den Separatisten kontrollierten Gebiete in der Ostukraine erreichen.

Einige der ukrainischen Privatbataillone haben den internationalen Ruf des Landes durch ihre extremistischen Ansichten geschwächt. Das Asow-Bataillon, das teilweise von Taruta und Kolomoisky finanziert wird, verwendet das Nazi-Wolfsangel-Symbol als Logo, und viele seiner Mitglieder vertreten offen neonazistische und antisemitische Ansichten. Die Mitglieder des Bataillons haben davon gesprochen, "den Krieg nach Kiew zu bringen", und erklärt, dass die Ukraine "einen starken Diktator braucht, der an die Macht kommt und viel Blut vergießt, aber dabei die Nation eint".

Im April 2019 begann das FBI, gegen Kolomoisky wegen angeblicher Finanzverbrechen im Zusammenhang mit seinen Stahlunternehmen in West Virginia und Nord-Ohio zu ermitteln. Im August 2020 reichte das US-Justizministerium zivilrechtliche Einziehungsklagen gegen ihn und einen Partner ein:

"In den Klagen wird behauptet, dass Ihor Kolomoisky und Gennadiy Boholiubov, die Eigentümer der PrivatBank, einer der größten Banken der Ukraine, die Bank um Milliarden von Dollar veruntreut und betrogen haben. Die beiden verschafften sich von etwa 2008 bis 2016 betrügerische Darlehen und Kreditlinien, als der Betrug aufflog und die Bank von der Nationalbank der Ukraine verstaatlicht wurde. In den Beschwerden wird behauptet, dass sie einen Teil der kriminellen Erlöse über eine Reihe von Bankkonten von Briefkastenfirmen, vor allem bei der zyprischen Niederlassung der PrivatBank, gewaschen haben, bevor sie die Gelder in die Vereinigten Staaten transferierten. Wie in der Klageschrift behauptet, wurden die Darlehen selten zurückgezahlt, außer mit weiteren betrügerisch erlangten Darlehensersparnissen".

In der Zwischenzeit hatte der Fernsehsender des Geldgebers Azov die erfolgreiche Fernsehsendung Diener des Volkes (2015-2019) ausgestrahlt, die Volodymyr Zelensky zu Ruhm und schließlich zum Präsidenten der neuen Partei Diener des Volkes katapultierte. Die Präsidentschaftskampagne des ehemaligen Schauspielers und Komikers wurde von Kolomoisky finanziert, wie aus mehreren Berichten hervorgeht, darunter dieser von Radio Free Europe (ohne Bewertung).

Während der Präsidentschaftskampagne berichtete Politico:

"Kolomoiskys Medienunternehmen bietet auch Sicherheit und logistische Unterstützung für die Kampagne des Komikers, und es hat sich kürzlich herausgestellt, dass Zelenskiys Rechtsbeistand, Andrii Bohdan, der persönliche Anwalt des Oligarchen war. Ermittlungsjournalisten haben auch berichtet, dass Zelenskiy in den letzten zwei Jahren 14 Mal nach Genf und Tel Aviv gereist ist, wo Kolomoisky im Exil lebt".

Vor der Stichwahl bezeichnete Petro Poroschenko Zelenskij als "Kolomojskis Marionette". Laut den Pandora Papers hat Zelensky Gelder, die er von Kolomoisky erhalten hat, im Ausland versteckt.

Während des Wahlkampfs wurde Zelensky zu Bandera befragt. Er sagte, es sei "cool", dass viele Ukrainer Bandera für einen Helden halten.

?? #Zelensky der Schauspieler, der den Präsidenten spielt:

"Stepan Bandera ist für einen gewissen Prozentsatz der Ukrainer ein Held, und das ist normal, das ist cool"

NOT COOL? pic.twitter.com/pD2HSiorSi

- 21st Century Wire ? (@21stCenturyWire) April 21, 2022

Zelensky wurde mit dem Versprechen zum Präsidenten gewählt, den Krieg im Donbass zu beenden. Etwa sieben Monate nach seinem Amtsantritt reiste er an die Front im Donbass, um den ukrainischen Truppen, in denen Asow gut vertreten ist, zu sagen, dass sie ihre Waffen niederlegen sollen. Stattdessen wurde er weggeschickt. Die Kyiv Post (grüner Haken) berichtete:

"Als ein Veteran, Denys Yantar, sagte, sie hätten keine Waffen und wollten stattdessen über Proteste gegen den geplanten Rückzug diskutieren, die in der ganzen Ukraine stattgefunden hatten, wurde Zelensky wütend.

Hören Sie, Denys, ich bin der Präsident dieses Landes. Ich bin 41 Jahre alt. Ich bin kein Verlierer. Ich bin zu Ihnen gekommen und habe Ihnen gesagt: Entfernen Sie die Waffen. Verschieben Sie das Gespräch nicht auf irgendwelche Proteste", sagte Zelensky, wie Videos des Gesprächs zeigen. Während er dies sagte, ging Zelensky aggressiv auf Yantar zu, der das Nationale Korps, einen politischen Ableger des rechtsextremen Asow-Freiwilligenbataillons, in der Stadt Mykolaiv leitet.

Aber das haben wir doch besprochen", sagte Yantar.

Ich wollte Verständnis in Ihren Augen sehen. Aber stattdessen sah ich einen Kerl, der beschlossen hat, dass dies ein Verlierer ist, der vor ihm steht', sagte Zelensky."

Es war eine Demonstration der Macht des Militärs, einschließlich des Asow-Regiments, gegenüber dem zivilen Präsidenten.

Nach der russischen Invasion wurde Zelensky im April von Fox News über Asow befragt, das später in Mariupol besiegt wurde. "Sie sind, was sie sind", antwortete er. "Sie haben unser Land verteidigt." Dann versucht er zu sagen, dass sie, weil sie Teil des Militärs sind, irgendwie keine Neonazis mehr sind, obwohl sie immer noch Nazi-Insignien tragen (bis Dienstag). (Der YouTube-Beitrag von Fox hat diese Frage aus dem Interview entfernt, aber sie ist hier erhalten:)

Empörung über griechische Beamte

Ebenfalls im April verärgerte Zelensky zwei ehemalige griechische Premierminister und andere Beamte, indem er ein Mitglied des Asow-Regiments einlud, vor dem griechischen Parlament zu sprechen. Alexis Tsipras, ein ehemaliger Ministerpräsident und Vorsitzender der größten Oppositionspartei SYRIZA-Progressive Allianz, kritisierte den Auftritt der Asow-Kämpfer vor dem Parlament.

"Solidarität mit dem ukrainischen Volk ist eine Selbstverständlichkeit. Aber es kann nicht sein, dass Nazis im Parlament sprechen", sagte Tsipras in den sozialen Medien. "Die Rede war eine Provokation." Er sagte, der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis trage "die volle Verantwortung. ... Er hat von einem historischen Tag gesprochen, aber es ist eine historische Schande."

Der ehemalige griechische Ministerpräsident Antonis Samaras bezeichnete das Asow-Video, das im Parlament abgespielt wurde, als "großen Fehler". Der ehemalige Außenminister Nikos Kotzias sagte: "Die griechische Regierung hat in unverantwortlicher Weise den Kampf des ukrainischen Volkes untergraben, indem sie einem Nazi das Wort erteilt hat. Die Verantwortung ist groß. Die Regierung sollte einen detaillierten Bericht über die Vorbereitungen und Kontakte zu dieser Veranstaltung veröffentlichen."

Die Partei MeRA25 des ehemaligen Finanzministers Yanis Varoufakis erklärte, Zelenkys Auftritt sei zu einem "Nazi-Fest" geworden.

Zelensky hat auch seinen Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, nicht dafür gerügt, dass er das Grab von Bandera in München besucht hat, was die Reaktion eines deutschen Abgeordneten provozierte: "Wer wie Melnik den Nazi-Kollaborateur Bandera als 'unseren Helden' bezeichnet und zu seinem Grab pilgert oder das rechtsgerichtete Asow-Bataillon als 'mutig' verteidigt, wird eigentlich noch wohlwollend als 'Nazi-Sympathisant' bezeichnet."

Zelensky hat Medien geschlossen und 11 politische Parteien verboten, darunter die größte, die euroskeptische Oppositionsplattform für das Leben (OPZZh), und ihren Vorsitzenden verhaftet. Bei keiner der 11 verbotenen Parteien handelt es sich um eine rechtsextreme Partei.

Donald Trump wurde zu Recht für seine Äußerungen über weiße Suprematisten in Charlottesville gegeißelt. Aber Zelensky, dessen Oligarch Asow finanziert hat und der einen Neonazi zu einer Rede vor dem Europäischen Parlament eingeladen hat, wird von einer demokratischen Regierung und den US-Medien verschont, obwohl er das weitaus schlimmere Problem des Neofaschismus in der Ukraine duldet.

Verseucht

Fishman von NewsGuard wandte sich gegen ähnliche Formulierungen, die in Artikeln des Kolumnisten Patrick Lawrence und des legendären Journalisten John Pilger auf Consortium News erscheinen. Lawrence bezeichnet die ukrainische Regierung als "naziverseuchtes Regime" und Pilger als "das Putschregime, verseucht mit Neonazis". NewsGuard widerspricht dieser Charakterisierung, weil die politischen Flügel gewalttätiger Neonazi-Gruppen bei ukrainischen Wahlen schlecht abschneiden.

Fishman schrieb:

"Im Artikel 'PATRICK LAWRENCE: Imperialer Infantilismus' vom März 2022 hieß es: Jetzt rollen die Namen, die wir für Putin haben, wie Flipperkugeln durch die Gegend. Hitler' ist etwas aus der Mode gekommen, weil sich die Übertreibung als zu albern erwiesen hat, oder vielleicht, weil die NATO jetzt ein von Nazis verseuchtes Regime bewaffnet", was eine Anspielung auf die ukrainische Regierung war.

In dem Artikel "John Pilger: War in Europe & the Rise of Raw Propaganda" vom Februar 2022 hieß es: "Wladimir Putin spricht vom 'Völkermord' in der östlichen Donbass-Region der Ukraine. Nach dem Putsch in der Ukraine im Jahr 2014 - orchestriert von der 'Kontaktperson' des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama in Kiew, Victoria Nuland - startete das Putschregime, das von Neonazis durchsetzt war, eine Terrorkampagne gegen den russischsprachigen Donbass, der ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung ausmacht." In diesem Artikel werden ähnliche Behauptungen aufgestellt wie in den vorangegangenen ... Artikeln, und sie sind offenbar aus denselben Gründen falsch."

Man kann darüber streiten, ob "verseucht" die beste Wortwahl ist, aber es ist klar, dass der ukrainische Staat den einflussreichen Neonazismus lange Zeit geschützt hat. Consortium News lässt Kolumnisten und Kommentatoren wie Lawrence und Pilger, die beide sehr erfahrene Journalisten sind, einen großen Spielraum, sich zu äußern. Es besteht kein Zweifel am übergroßen Einfluss des

Neofaschismus in der ukrainischen Gesellschaft und Regierung, insbesondere seit den Ereignissen von 2014.

Dass NewsGuard den Einfluss des Neofaschismus abtut, indem er nur auf die Wahlergebnisse schaut, geht völlig am Thema vorbei. Fishman hat CN aufgefordert, seine Berichterstattung über den Neonazismus in der Ukraine zu korrigieren. Fishmans Aussage "Es gibt keine Beweise dafür, dass der Neonazismus in der Ukraine einen wesentlichen Einfluss hat" sollte jedoch von NewsGuard korrigiert werden.

Das 'G'-Wort

Fishman beanstandete auch die Verwendung des Wortes "Völkermord" in zwei von Consortium News veröffentlichten Artikeln über die Ukraine.

"Ich habe auch einige Fälle gefunden, in denen Consortium News offenbar falsche oder irreführende Behauptungen veröffentlicht hat, und ich würde gerne Ihre Kommentare dazu hören. Ich habe einige Beispiele aufgelistet und kurze Erklärungen gegeben, warum sie falsch zu sein scheinen:

In dem Artikel vom März 2022 'A Proposed Solution to the Ukraine War' hieß es: Die Regierung der Ukraine hat den Menschen im Donbass die Menschenrechte und die politische Selbstbestimmung verweigert. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind in den acht Jahren seit dem Putsch von 2014 rund 13.000 Menschen gestorben. Die ukrainische Regierung verfolgt eine offen völkermörderische Politik gegenüber russischen Minderheiten.

Im Februar 2022 hieß es in dem Artikel "John Pilger: War in Europe & the Rise of Raw Propaganda": 'Wladimir Putin spricht vom "Völkermord" in der östlichen Donbass-Region der Ukraine. Nach dem Putsch in der Ukraine im Jahr 2014 ... startete das Putschregime ... eine Terrorkampagne gegen den russischsprachigen Donbass, der ein Drittel der Bevölkerung der Ukraine ausmacht."

Fishman fuhr fort:

"Der Internationale Strafgerichtshof, das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) haben alle erklärt, sie hätten keine Beweise für einen Völkermord im Donbass gefunden. So stellte der Internationale Strafgerichtshof in einem Bericht von 2016 fest, dass die von den ukrainischen Behörden in den Jahren 2013 und 2014 angeblich begangenen Gewalttaten einen "gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Angriff" darstellen könnten, erklärte aber auch, dass "die verfügbaren Informationen keine vernünftige Grundlage für die Annahme lieferten, dass der Angriff systematisch oder weit verbreitet war".

Und die US-Mission bei der OSZE erklärte in einem Twitter-Post vom Februar 2022: "Die SMM [Special Monitoring Mission] hat vollständigen Zugang zu den von der Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine und hat NIEMALS etwas berichtet, das den russischen Behauptungen [von Völkermord in der Ukraine] auch nur im Entferntesten ähnelt."

Völkermord ist in der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 definiert, die von 153 Staaten ratifiziert wurde. In der Konvention heißt es:

"In dieser Konvention bedeutet Völkermord jede der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten:

- (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) Verursachung schwerer körperlicher oder geistiger Schäden bei Mitgliedern der Gruppe;
- (c) der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen auferlegen, die auf ihre vollständige oder teilweise physische Vernichtung abzielen;
- (d) Auferlegung von Maßnahmen, die darauf abzielen, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern; (e) gewaltsame Verbringung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe".

Das Übereinkommen fügt hinzu:

"Die folgenden Handlungen sind strafbar:

- (a) Völkermord;
- (b) die Verschwörung zum Völkermord;
- (c) Unmittelbare und öffentliche Aufforderung zur Begehung von Völkermord;
- (d) Versuch der Begehung von Völkermord;
- (e) Mittäterschaft am Völkermord".

Auf der Grundlage der Konvention ließe sich ein Argument für und gegen Völkermord im Donbass finden. Das ukrainische Militär und die rechtsextremen Milizen haben zweifelsohne Angriffe auf Zivilisten verübt, die aufgrund ihrer Sprache und Religion eine eigene ethnische Gruppe darstellen. Die Punkte (a) und (b) der Definition sind sicherlich zutreffend, (c) und (d) sind fraglich. Die Frage des "Vorsatzes" ist entscheidend. Hatten die ukrainischen Behörden die "Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten"?

Der Vorwurf des "Völkermords" wird von den politischen Gegnern mit wenig Sorgfalt in Bezug auf seine tatsächliche Definition in den Raum geworfen. So

haben beispielsweise Biden und Zelensky Russland bei seiner laufenden Militäroperation des "Völkermords" beschuldigt. Es gibt keine definierte Anzahl von zivilen Todesopfern, die eine Absicht zur "teilweisen" Vernichtung eines Volkes begründet. Drei Monate nach dem russischen Einmarsch berichtet die OSZE von rund 4.000 getöteten Zivilisten. Beide Seiten schießen auf Zivilisten und töten sie.

Es ist eine Ermessensentscheidung, ob ein Völkermord stattgefunden hat. In dem von Fishman zitierten Bericht des IStGH heißt es, dass die Militäraktion der Ukraine gegen den Donbass einen "gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Angriff" darstellen könnte, aber das Urteil des IStGH über Völkermord sei nicht endgültig, da es auf "den verfügbaren Informationen" beruhe.

Seine zweite Referenz stammt nicht von der OSZE selbst, sondern von der US-Mission bei der OSZE, was ihre Objektivität untergräbt, da es sich um eine enge, nationale Sichtweise aus einem Land mit einem ausgeprägten politischen Interesse an den Ereignissen in der Ukraine handelt.

Consortium News hat nicht den Standpunkt eingenommen, dass im Donbass ein Völkermord begangen wurde. Dies sind die einzigen Hinweise auf einen Völkermord im Donbass, und beide CN-Artikel sind eindeutig als Kommentare gekennzeichnet mit dem Vermerk: "Die geäußerten Ansichten sind ausschließlich die des Autors und können, müssen aber nicht die von Consortium News widerspiegeln."

Pilger sagt nur, dass Putin "von Völkermord spricht", während Pilger selbst es "eine Terrorkampagne gegen den russischsprachigen Donbass" nennt.

Consortium News hat sich das Urteil dieser beiden Kommentatoren nicht zu eigen gemacht, da es oft Material veröffentlicht, mit dem es die redaktionellen Positionen nicht teilt. Völkermord im Zusammenhang mit dem Donbass ist ein strittiger Punkt, und deshalb hat CN diese Kommentare veröffentlicht.

Finanzierung und andere Fragen

NewsGuard hat auch detaillierte Informationen über die Finanzierung von Consortium News verlangt. Consortium News finanziert sich fast ausschließlich durch kleine Beiträge seiner Leser, die bei drei öffentlichen Spendenaktionen pro Jahr gesammelt werden.

Die IRS-Vorschriften verlangen, dass Spender, die mehr als 5.000 Dollar im Jahr spenden, der Steuerbehörde gemeldet werden. Ihre Namen müssen jedoch nicht veröffentlicht werden, um die Privatsphäre der Spender zu schützen. CN hat seine beiden größten Spender aus seinen letzten Steuererklärungen veröffentlicht. Roger Waters, der Rockmusiker von Pink Floyd, spendete 2020 und 2021 jeweils 25.000 Dollar. Der andere Großspender

ist die in New York ansässige Cloud Mountain Foundation, die in den letzten drei Jahren jeweils 25.000 Dollar gespendet hat.

Consortium News hat noch nie einen Penny von einer Regierung, einem Unternehmen oder einem Werbekunden erhalten. Um dies zu beweisen, beauftragt CN einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer, der diese Tatsache bestätigen soll. Der unabhängige Prüfbericht wird auf dieser Website veröffentlicht, sobald er fertig ist, um ein für alle Mal alle Verleumdungen und Verdächtigungen über die Finanzierungsquellen von CN zu beenden.

Fishman möchte auch wissen, warum die Biografien der Autoren nicht unter den CN-Artikeln erscheinen, obwohl sie es eindeutig tun. NewsGuard möchte wissen, wie die Korrekturpolitik von CN aussieht. Sie lautet wie folgt: Tippfehler werden ohne Hinweis korrigiert, sachliche Fehler werden mit einem KORREKTUR-Hinweis am Ende des Artikels korrigiert.

Eine Geschichte des Dissenses

Thomas Paine von Gutzon Borglum, Parc Montsouris, Paris. (couscouschocolat aus Issy-Les-Moulineaux, Frankreich/Wikimedia Commons)

Die Vereinigten Staaten wurden von Andersdenkenden gegründet. Die Unabhängigkeitserklärung ist eines der bedeutendsten Dokumente der Geschichte, das Menschen auf der ganzen Welt inspiriert hat, die nach Freiheit strebten - von den französischen Revolutionären bis hin zu Ho Chi Minh, der sich bei der Erklärung der Unabhängigkeit Vietnams von Frankreich auf die amerikanische Erklärung stützte.

Doch im Laufe der Jahrhunderte hat eine korrupte Zentralisierung der amerikanischen Macht, die ihre Autorität aufrechterhalten und ausweiten wollte, zuweilen versucht, genau den Grundsatz des Dissenses zu unterdrücken, der in der Verfassung der Vereinigten Staaten verankert war.

Die Freiheit, anderer Meinung zu sein, wurde erstmals vom zweiten Präsidenten bedroht. Nur acht Jahre nach der Verabschiedung der Bill of Rights war die Pressefreiheit zu einer Bedrohung für John Adams geworden, dessen Föderalistische Partei im Kongress die Alien and Sedition Laws durchsetzte. Diese Gesetze stellten Kritik an der Bundesregierung unter Strafe.

Während des US-Bürgerkriegs ließ die Union dann die Zeitungen schließen.

Woodrow Wilson war im Senat nur eine Stimme davon entfernt, mit dem Espionage Act von 1917 eine offizielle staatliche Zensur einzuführen. Mit dem darauf folgenden Alien and Sedition Act von 1918 wurden Hunderte von Menschen wegen ihrer Äußerungen inhaftiert, bis er 1921 aufgehoben wurde.

Seit den 1950er Jahren ist der McCarthyismus zum Synonym für eine der schlimmsten Perioden der Unterdrückung Andersdenkender in der Geschichte der Vereinigten Staaten geworden.

Dem beunruhigenden Traum Wilsons sind wir am nächsten gekommen, als die Regierung Biden das Disinformation Governance Board des Ministeriums für Innere Sicherheit einrichtete, das jetzt auf Eis liegt.

Die Wurzeln liegen bei den ersten englischen Siedlern in Nordamerika, die in *The Scarlet Letter* beschrieben und in Arthur Millers *The Crucible* auf den McCarthyismus übertragen wurden. Obwohl die industriellen und wissenschaftlichen Errungenschaften Amerikas am meisten gelobt werden, ist die Tradition des Dissenses wahrscheinlich das Größte in der Geschichte der USA, und sie ist wieder einmal bedroht.

Das aktuelle Klima

Die Anschuldigungen von NewsGuard gegen Consortium News, die möglicherweise dessen Leserschaft und finanzielle Unterstützung einschränken könnten, müssen im Kontext des westlichen Kriegswahns gegen die Ukraine gesehen werden, bei dem abweichende Stimmen unterdrückt werden. Drei CN-Autoren wurden von Twitter verwiesen.

Die Löschung des Kontos von Consortium News durch PayPal ist ein offensichtlicher Versuch, das Unternehmen zu enteignen, weil es mit ziemlicher Sicherheit der Ansicht ist, dass CN gegen seine Beschränkungen bezüglich der "Bereitstellung falscher oder irreführender Informationen" verstoßen hat. Man kann es nicht mit 100-prozentiger Sicherheit sagen, weil PayPal sich hinter seinen Gründen versteckt, aber CN handelt mit Informationen und nichts anderem.

CN unterstützt keine Seite im Ukraine-Krieg, sondern versucht, die Ursachen des Konflikts in seinem jüngsten historischen Kontext zu untersuchen, die alle von den westlichen Mainstream-Medien beschönigt werden.

Diese Ursachen sind: Die Osterweiterung der NATO trotz ihres Versprechens, dies nicht zu tun; der Putsch und der achtjährige Krieg im Donbass gegen die Putschisten; die fehlende Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur Beendigung dieses Konflikts; und die völlige Ablehnung von Vertragsvorschlägen durch Moskau zur Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa, die Russlands Sicherheitsbelange berücksichtigt.

Historiker, die darauf hinweisen, dass die belastenden Versailler Bedingungen, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auferlegt wurden, eine Ursache für den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg waren, entschuldigen weder Nazideutschland noch werden sie als dessen Verteidiger diffamiert.

Consortium News kann sich manchmal irren, aber nie so sehr wie die Mainstream-Medien bei den Massenvernichtungswaffen im Irak oder bei Russiagate. CN hat diese beiden folgenschweren Geschichten richtig eingeschätzt, als sie passierten, und behauptet, mit seiner Analyse der Ukraine-Krise richtig zu liegen. In jedem Fall hat er ein Recht auf seine Analyse. In Bezug auf den Irak, Russiagate und die Ukraine hat Consortium News mit der konventionellen Weisheit kollidiert, die von mächtigen Kräften und ihren Verbündeten in den Medien geschmiedet wurde. Daraufhin wurde CN wiederholt als Agent des Irak und Russlands verleumdet.

Ein allzu selbstbewusstes westliches Establishment kann offenbar nicht verstehen, wie erfahrene westliche Journalisten ihre eigene Handlungsfähigkeit und ihr redaktionelles Urteilsvermögen einsetzen können, um die US-Außenpolitik in Echtzeit zu kritisieren, ohne dass sie Agenten einer ausländischen Macht sind. Consortium News verklagte den kanadischen Fernsehsender Global News wegen der Veröffentlichung einer solchen Verleumdung.

Offensichtlich reicht es den Mächtigen nicht aus, einfach nur anderer Meinung zu sein und das verfassungsmäßige Recht von CN auf freie Meinungsäußerung zu respektieren.

Richter Oliver Wendell Holmes schrieb in der Rechtssache Abrams gegen die Vereinigten Staaten: "[D]ass das angestrebte Endziel besser durch den freien Handel mit Ideen erreicht wird - dass der beste Test für die Wahrheit die Kraft eines Gedankens ist, sich im Wettbewerb des Marktes durchzusetzen ... Das ist jedenfalls die Theorie unserer Verfassung." Richter Louis Brandeis fügte in der Rechtssache Whitney gegen Kalifornien hinzu, dass das Heilmittel für schlecht durchdachte Äußerungen mehr Äußerungen sind und nicht erzwungenes Schweigen.

Die Überprüfung von Consortium News und anderen unabhängigen Medien durch NewsGuard ist ein Testfall: Kann das US-Establishment abweichende Meinungen tolerieren oder schließt es sich der Tradition von Adams und Wilson an, sie zu unterdrücken?

Joe Lauria ist Chefredakteur von Consortium News und ehemaliger UN-Korrespondent für das Wall Street Journal, den Boston Globe und zahlreiche andere Zeitungen, darunter die Montreal Gazette und The Star of Johannesburg. Er war ein investigativer Reporter für die Sunday Times of London, ein Finanzreporter für Bloomberg News und begann seine berufliche Tätigkeit als 19-jähriger Stringer für die New York Times. Sie können ihn unter joelauria@consortiumnews.com erreichen und ihm auf Twitter folgen @unjoe